

Der heutige Rechtsextremismus in Deutschland – Ursachen und Gegenwehr

**Vortrag und Diskussion am 27. Januar 2026
Neumünster. Runder Tisch Toleranz und
Demokratie**

Prof. Dr. Hajo Funke

Gliederung

I. Definition

II. Der heutige
Rechtsextremismus unter
besonderer Berücksichtigung
der AfD

III. Gewaltgefahren

IV. Gegenwehr

Rechtsextremismus als politikwissenschaftlicher Begriff

„Unter Rechtsextremismus verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen.“

Hans-Gerd Jaschke

Vier Merkmale sind nach R. Stöss wichtig:

1) Übersteigerter Nationalismus, verbunden mit imperialistischen Großmachtstreben, **2) Negierung der universellen Freiheits-, Gleichheits- und Grundrechte**, **3) tendenziell gegen pluralistisch-demokratische politische Systeme**, **4) Vorstellung einer „Volksgemeinschaft“**, statt Akzeptanz von Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen

Begünstigende Faktoren: Schwächen/ Krisen:

- 1) im sozialen,
- 2) im politischen und Parteiensystem,
- 3) rechtsautoritäre Einstellungen und Milieus,
- 4) von rechtspopulistischen oder rechtsextremen »Angeboten« verstärkt

II.Rechtsextremismus der AfD

- 2013 gegründet, zunächst Sammelbecken enttäuschter Mitglieder von CDU/CSU und FDP
- Stetige Öffnung nach rechts und Radikalisierung

(In Bezug auf die AfD werden vor allem Hajo Funke: „AfD Masterpläne“ (2024) und derselbe: „Die Höcke AfD“ (2020) zitiert)

Die AfD ist rechtsextrem

Nach den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts (im NPD Urteil) richtet sich die AfD gegen das Menschenwürdegebot des Grundgesetzes, verstößt gegen das Rechtsstaats- und Demokratiegebot. Und ist daher rechtsextrem.

Die AfD ist rechtsextrem

Die Garantie der Menschenwürde schützt den einzelnen Menschen in seiner »personalen Individualität, Identität und Integrität und in seiner elementaren Rechtsgleichheit«. Dem Menschen kommt »um seiner selbst willen, allein kraft seines Menschseins, ein Achtungsanspruch« zu. (10ff.)

Die AfD ist rechtsextrem

»Das Rechtsstaatsprinzip zielt auf die Bindung und Begrenzung öffentlicher Gewalt zum Schutz individueller Freiheit« (nach Art. 20, 3 GG) »und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte sowie die Beibehaltung des Gewaltmonopols des Staates«.

Die AfD ist rechtsextrem

Das Demokratieprinzip ist dann verletzt, wenn der Parlamentarismus oder die aktuellen politischen Verhältnisse verächtlich gemacht werden, ohne aufzuzeigen, auf welchem Weg sie sonst dem Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung tragen wollen.

Die AfD ist rechtsextrem

Zdf: 13.5.24: „Die Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall ist rechtens. Das hat das Oberverwaltungsgericht in Münster entschieden. (...) Zudem ging es um die Einstufung des sogenannten Flügels der AfD als Verdachtsfall und als „gesichert extremistische Bestrebung“

Björn Höcke u.a.

Björn Höcke will die millionenfache Rückführung in „wohltemperierter Grausamkeit“ (Höcke). Martin Sellner: Vertreibung der ethnisch Deutschen (in „Regime Change von rechts“).

Ulrich Siegmund (Sachsen-Anhalt) will die größte Abschiebe-Offensive bisher

Götz Kubitschek, Armin Mohler

Götz Kubitschek orientiert sich an E. Jünger, C. Schmitt, Moeller van den Bruck und den Deutschnationalen, den Stichwortgebern der nationalsozialistischen Bewegung in der „Kampfzeit“. Er folgt dem Vermächtnis seines politischen Ziehvaters, des selbst erklärten Faschisten **Armin Mohler** und seiner „Konservativen Revolution“

Mohler

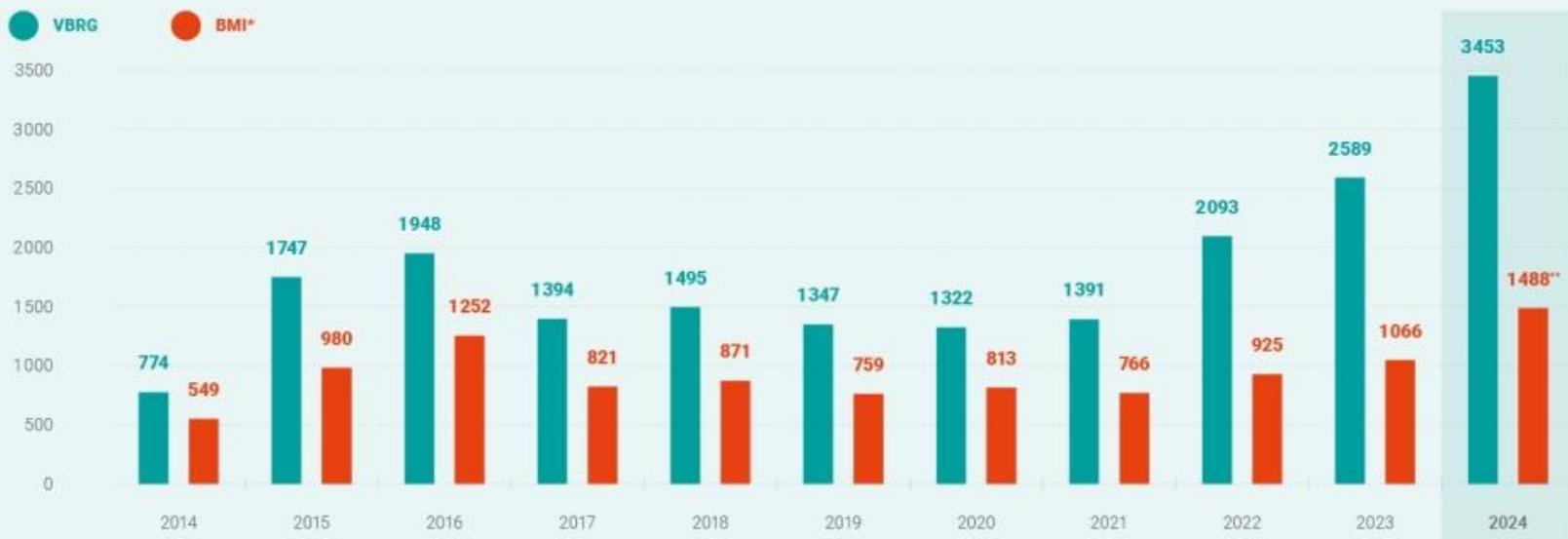
„Die (neue) Rechte muss mit dem vorherrschenden Sicherheitsbedürfnis des Volkes kalkulieren und daraus Kapital schlagen [...] Man muss die Leute in den Eingeweiden bewegen. Der NS hatte den Leuten seelische Erlebnisse vermittelt, die heute kaum noch denkbar sind, darin bestand sein Erfolgsrezept. Das dringender werdende Asylproblem könnte eine populistische Rechte stark machen“.

III. Rassismus und Gewaltbereitschaft

Rassistische Hasskriminalität und politische Prozesse in Deutschland. Ein Fünftel der 3000 Befragten in Deutschland hielt 2016 und 2017 rassistische Hasskriminalität für legitim. Fast die Hälfte der AfD-Wähler:innen befürwortete „Fremdenfeindlichkeit gegen Flüchtlinge ist manchmal gerechtfertigt, auch wenn sie in Gewalt umschlägt“. (Princeton)

RECHTE ANGRiffe 2014–2024

Die **ANGRIFFSZAHLEN DER BERATUNGSTELLEN** – ab 2024 in zwölf Bundesländern, seit 2013 in den fünf ostdeutschen Bundesländern und Berlin erfasst; seit 2015 inkl. Nordrhein-Westfalen, seit 2017 inkl. Schleswig-Holstein, seit 2021 inkl. Baden-Württemberg, seit 2022 inkl. Hamburg, seit 2023 inkl. Bayern und seit 2024 inkl. Hessen.
Im Vergleich dazu die Statistik „PMK RECHTS/HASSKRIMINALITÄT GEWALTTATEN“ des Bundesinnenministeriums für 16 Bundesländer.*



Quellen: * www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-uebersicht.pdf

** www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2024PMKFallzahlen.pdf, S.8

Quelle: VBRG – Verband der Beratungstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.

Am unabhängigen Monitoring 2024 beteiligten sich 15 Beratungstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie eine Berliner Meldestelle:
 - BADEN-WÜRTTEMBERG – Leuchttlinie • BAYERN – B.U.D. Bayern + BEFORE München • BERLIN – ReachOut + RIAS Berlin • BRANDENBURG – Opferperspektive
 - HAMBURG – empower • HESSEN – response • MECKLENBURG-VORPOMMERN – LOBBI • NORDRHEIN-WESTFALEN – Opferberatung Rheinland + BackUp
 - SACHSEN – SUPPORT RAA Sachsen • SACHSEN-ANHALT – Mobile Opferberatung + Opferberatung Dessau • SCHLESWIG-HOLSTEIN – zebra e.V. • THÜRINGEN – eza

Gefördert vom



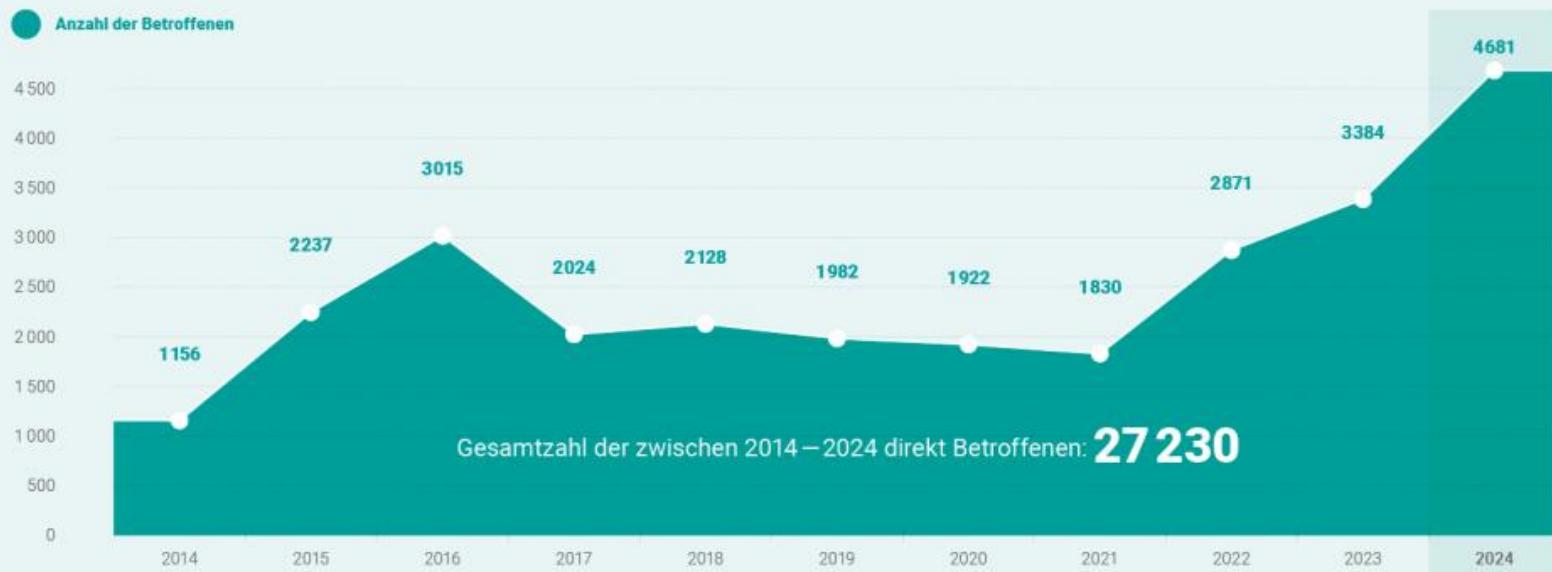
im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie Leben!

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
 Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen fragen die Publizierenden dieser
 Veröffentlichung die Verantwortung.

ANZAHL DER BETROFFENEN 2014–2024

Die **ANZAHL DER DIREKT BETROFFENEN** – ab 2024 in zwölf Bundesländern, seit 2014 in den fünf ostdeutschen Bundesländern und Berlin erfasst; seit 2015 inkl. Nordrhein-Westfalen, seit 2017 inkl. Schleswig-Holstein, seit 2021 inkl. Baden-Württemberg, seit 2022 inkl. Hamburg, seit 2023 inkl. Bayern und seit 2024 inkl. Hessen.



Quelle: VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Am unabhängigen Monitoring 2024 beteiligten sich 15 Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie eine Berliner Meldestelle:

- BADEN-WÜRTTEMBERG – Leuchttlinie
- BAYERN – B.U.D. Bayern + BEFORE München
- BERLIN – ReachOut + RIAS Berlin
- BRANDENBURG – Opferperspektive
- HAMBURG – empower
- HESSEN – response.
- MECKLENBURG-VORPOMMERN – LOBBI
- NORDRHEIN-WESTFALEN – Opferberatung Rheinland + BackUp
- SACHSEN – SUPPORT RAA Sachsen
- SACHSEN-ANHALT – Mobile Opferberatung + Opferberatung Dessau
- SCHLESWIG-HOLSTEIN – zebra e.V.
- THÜRINGEN – ezra

Gefördert vom



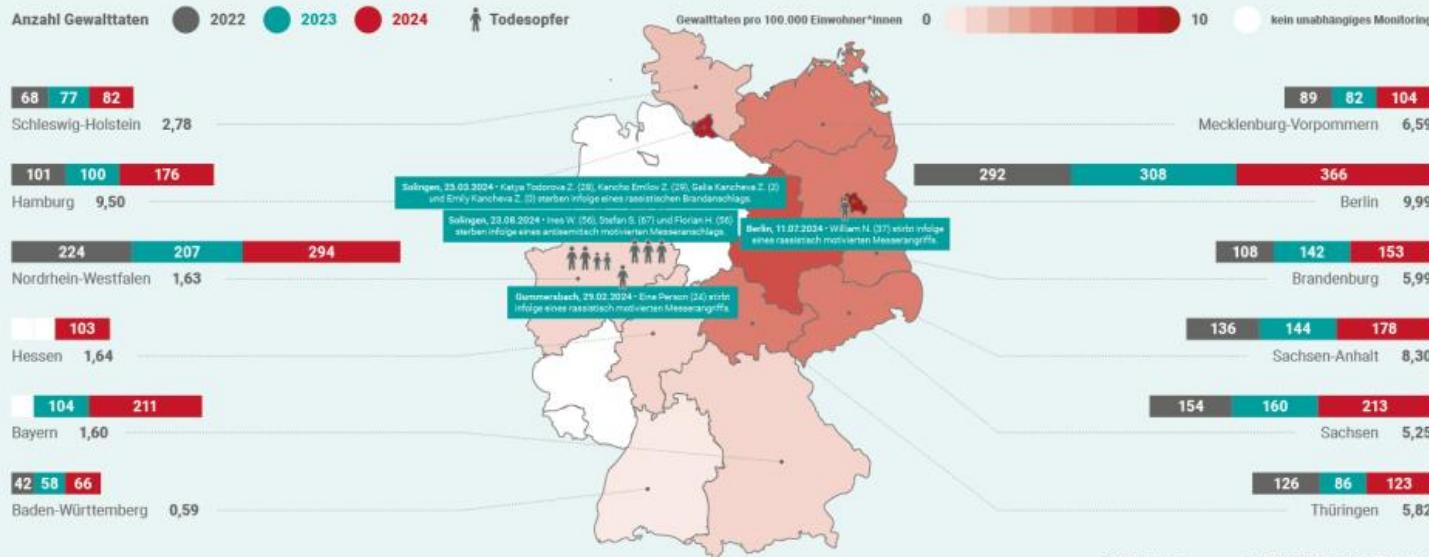
im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie Leben!

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser
Veröffentlichung die Verantwortung.

BUNDESLÄNDER IM VERGLEICH 2022–2024

Gewalttaten ohne Bedrohung, Nötigungen und massive Sachbeschädigungen pro 100 000 Einwohner*innen.



Quelle: VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Am unabhängigen Monitoring 2024 beteiligten sich 15 Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie eine Berliner Meldestelle:

- BADEN-WÜRTTEMBERG – Leuchtturm
- BAYERN – B.U.D. Bayern + BEFORE München
- BERLIN – ReachOut + RIAS Berlin
- BRANDENBURG – Opferperspektive
- HAMBURG – empower
- HESSEN – response
- MECKLENBURG-VORPOMMERN – LÖBBI
- NORDRHEIN-WESTFALEN – Opferberatung Rheinland + BackUp
- SACHSEN – SUPPORT RAA Sachsen + SACHSEN-ANHALT – Mobile Opferberatung + Opferberatung Dessau
- SCHLESWIG-HOLSTEIN – zebra e.V.
- THÜRINGEN – ezra

Gefördert vom



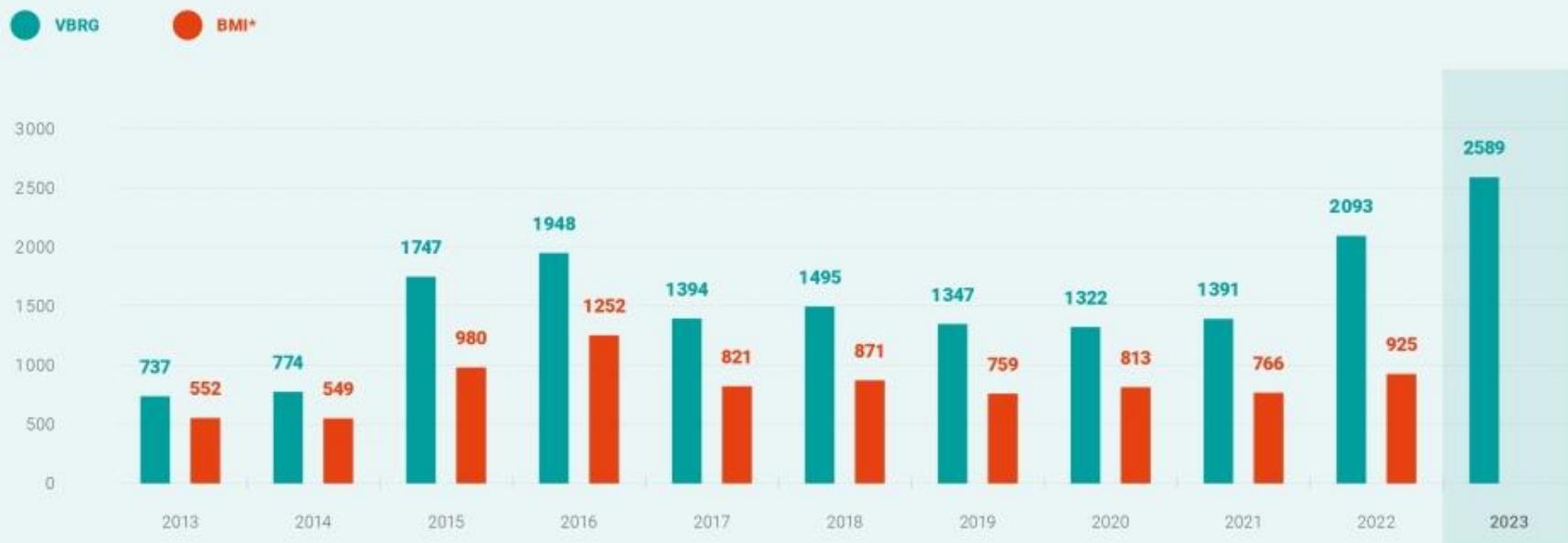
im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFZA dar.
Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser
Veröffentlichung die Verantwortung.

RECHTE ANGRiffe 2013–2023

Die **ANGRIFFSZAHLEN DER BERATUNGSTELLEN** – ab 2023 in elf Bundesländern, seit 2013 in fünf ostdeutschen Bundesländern und Berlin erfasst; seit 2015 inkl. Nordrhein-Westfalen, seit 2017 inkl. Schleswig-Holstein, seit 2021 inkl. Baden-Württemberg, seit 2022 inkl. Hamburg und seit 2023 inkl. Bayern. Im Vergleich dazu die Statistik „PMK RECHTS/HASSKRIMINALITÄT GEWALTTATEN“ des Bundesinnenministeriums für 16 Bundesländer.*



* Quelle: www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pm2022-ueber-hasskriminalitaet.pdf

Quelle: VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Am unabhängigen Monitoring 2023 beteiligten sich 14 Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt:

• BADEN-WÜRTTEMBERG – Leuchtturm • BAYERN – B.U.D. Bayern + BEFORE München • BERLIN – ReachOut • BRANDENBURG – Opferperspektive • HAMBURG – empower

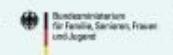
• MECKLENBURG-VORPOMMERN – LOBBI • NORDRHEIN-WESTFALEN – Opferberatung Rheinland + BackUp • SACHSEN – SUPPORT RAA Sachsen

• SACHSEN-ANHALT – Mobile Opferberatung + Opferberatung Dessau • SCHLESWIG-HOLSTEIN – zebra e.V. • THÜRINGEN – ezra

Gefördert durch



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie Leben!

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsausprägung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.

Für inhaltliche Aussagen trägt der VBRG e.V. die Verantwortung.

IV. 1. Gegenwehr:

Für eine Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die soziale Schieflage, angeht, eine Migrationspolitik, die dem Asylrecht entspricht und Überforderung vor Ort angeht.

Oxfam kritisiert die wachsende Ungleichverteilung

„Die Bundesregierung sollte
**SUPERREICHE GERECHT
BESTEUERN: MILLIARDÄRSSTEUER
EINFÜHREN.**
Mindeststeuer von 2 % für
Multimillionär*innen und Milliardär*innen.“

2. Gegenwehr: Kümmern in der Kommune

Menschen in ihrer Enttäuschung
ernstnehmen,

Wohnungspolitik, Umgang mit Älteren,
andere Gesundheitspolitik, Ö. Nahverkehr
Das Beispiel des langjährigen
Oberbürgermeisters von Oranienburg, Hans-
Joachim Laesicke

3. Gegenwehr

Christel Hopfs Studie „Familie und Rechtsextremismus“ (1995) betont die Bedeutung von gegenseitiger Zuwendung und Empathie im sozialen und politischen Raum, ebenso „Die angespannte Mitte“ (Zick und andere) 2025

Bildung und Herzensbildung

Danke!

für Ihre Aufmerksamkeit
und die Gegenwehr in Neumünster